AMTLICHER TEIL

Gesetz zur Neuordnung der Schulstruktur in Niedersachsen

Vom 16.3.2011 (Abdruck aus Nds. GVBl. S. 83 - VORIS 2241001 -)

Der Niedersächsische Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes

Das Niedersächsische Schulgesetz in der Fassung vom 3. März 1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. November 2010 (Nds. GVBl. S. 517), wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird der folgende neue Buchstabe d eingefügt:

„d) die Oberschule,“.

bb) Die bisherigen Buchstaben d bis h werden Buchstaben e bis i.

b) Absatz 3 Nr. 3 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird der folgende neue Buchstabe c eingefügt:

„c) die 11. und 12. Schuljahrgänge der Oberschule,“.

bb) Die bisherigen Buchstaben c bis e werden Buchstaben d bis f.

2. Nach § 10 wird der folgende § 10 a eingefügt:

„§ 10 a

Oberschule

(1) ¹In der Oberschule werden Schülerinnen und Schüler des 5. bis 10. Schuljahrgangs unterrichtet. ²Die Oberschule vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern eine grundlegende, erweiterte oder vertiefte Allgemeinbildung und ermöglicht ihnen im Sekundarbereich I den Erwerb derselben Abschlüsse wie an den in den §§ 9, 10 und 11 genannten Schulformen. ³Sie stärkt Grundfertigkeiten, selbständiges Lernen, aber auch wissenschaftspropädeutisches Arbeiten und ermöglicht ihren Schülerinnen und Schülern entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Neigungen individuelle Schwerpunktbildungen. ⁴Die

Schwerpunktbildung befähigt die Schülerinnen und Schüler, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg berufs-, aber auch studienbezogen fortzusetzen.⁵ Der Umfang der Schwerpunktbildung richtet sich nach den organisatorischen, personellen und sächlichen Gegebenheiten der einzelnen Schule.⁶ Die Oberschule arbeitet eng mit berufsbildenden Schulen zusammen.

(2)¹In der Oberschule werden die Hauptschule und die Realschule als aufeinander bezogene Schulzweige geführt oder sie ist nach Schuljahrgängen gegliedert.² Die Schule entscheidet jeweils nach Maßgabe der Sätze 3 und 4 sowie des Absatzes 3 Satz 3, in welchen Schuljahrgängen und Fächern der Unterricht jahrgangsbezogen oder schulzweigspezifisch erteilt wird.³ In der Oberschule soll ab dem 9. Schuljahrgang der schulzweigspezifische Unterricht überwiegen.⁴ Ist die Oberschule in Schulzweige gegliedert, so wird der Unterricht überwiegend in schulzweigspezifischen Klassenverbänden erteilt.

(3)¹Die Oberschule kann um ein gymnasiales Angebot erweitert werden.² § 11 Abs. 1 gilt entsprechend.³ Für die Schülerinnen und Schüler des gymnasialen Angebots soll ab dem 7. Schuljahrgang und muss ab dem 9. Schuljahrgang der Unterricht überwiegend in schulzweigspezifischen Klassenverbänden erteilt werden.⁴ Der 10. Schuljahrgang des gymnasialen Schulzweigs ist zugleich die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe.⁵

3. § 12 erhält folgende Fassung:

„§ 12

Gesamtschule

(1)¹Die Gesamtschule ist unabhängig von den in den §§ 9, 10 und 11 genannten Schulformen nach Schuljahrgängen gegliedert.² Sie vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern eine grundlegende, erweiterte oder breite und vertiefte Allgemeinbildung und ermöglicht ihnen eine individuelle Schwerpunktbildung entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Neigungen.³ Sie stärkt Grundfertigkeiten, selbständiges Lernen und auch wissenschaftspropädeutisches Arbeiten und befähigt ihre Schülerinnen und Schüler, nach Maßgabe der Abschlüsse ihren Bildungsweg berufs- oder studienbezogen fortzusetzen.

(2)¹In der Gesamtschule werden Schülerinnen und Schüler des 5. bis 12. Schuljahrgangs unterrichtet.² An der Gesamtschule können dieselben Abschlüsse wie an den in den §§ 9, 10 und 11 genannten Schulformen erworben werden.³ Im 10. Schuljahrgang wird die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe geführt.⁴ Die Schuljahrgänge 11 und 12 werden als Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe geführt.⁵ § 11 Abs. 3 Satz 4 und Abs. 4 bis 9 gilt entsprechend.⁶ Eine Gesamtschule kann abweichend von Satz 1 auch ohne die Schuljahrgänge 11 und 12 geführt werden.⁷

4. § 23 Abs. 5 wird gestrichen.

5. § 38 a Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird die folgende neue Nummer 9 eingefügt:

„9. die Form, in der die Oberschule geführt wird (§ 10 a Abs. 2 Satz 1), und darüber, in welchen Fächern und Schuljahrgängen der Oberschule der Unterricht jahrgangsbezogen und in welchen er schulzweigspezifisch erteilt wird.“

- b) Die bisherigen Nummern 9 bis 14 werden Nummern 10 bis 15.

6. § 38 b Abs. 6 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 Nr. 3 Halbsatz 1 werden die Worte „für zwei Schuljahre“ gestrichen.

- b) Es wird der folgende neue Satz 3 eingefügt:

„Die Vertreterinnen und Vertreter nach Satz 1 werden für ein Schuljahr oder für zwei Schuljahre gewählt.“

- c) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4; darin wird die Verweisung „Die §§ 75 und 91“ durch die Verweisung „§ 75 Abs. 2 bis 4 und § 91“ ersetzt.

7. § 39 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 wird das Wort „können“ durch das Wort „kann“ ersetzt.

- b) In Absatz 5 Satz 5 wird die Angabe „oder 2“ gestrichen.

8. § 41 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden nach dem Wort „Konferenzen“ ein Komma und die Worte „von Bildungsgangs- und Fachgruppen“ eingefügt.

- b) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Konferenzen“ ein Komma und die Worte „Bildungsgangs- und Fachgruppen“ eingefügt.

9. In § 50 Abs. 1 Satz 2 wird die Verweisung „§ 39 Abs. 1 und 2“ durch die Verweisung „§ 39 Abs. 1“ ersetzt.

10. In § 51 Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Gesamtschulen“ die Worte „und Oberschulen“ eingefügt.

11. § 54 a wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Absatz 1 wird einziger Absatz.

- b) Absatz 2 wird gestrichen.

12. § 59 a wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 wird der Klammerzusatz „(§ 106 Abs. 7 Satz 4)“ durch den Klammerzusatz „(§ 106 Abs. 8 Satz 4)“ ersetzt.

- b) Es wird der folgende neue Absatz 3 eingefügt:

„(3) Die Aufnahme in Oberschulen kann nicht nach Absatz 1 beschränkt werden.“

- c) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 4 und 5.

13. § 61 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Ordnungsmaßnahmen sind:

1. Ausschluss vom Unterricht in einem oder in mehreren Fächern oder ganz oder teilweise von dem den Unterricht ergänzenden Förder- oder Freizeitangebot bis zu einem Monat,

2. Überweisung in eine Parallelklasse,

3. Ausschluss vom Unterricht sowie von dem den Unterricht ergänzenden Förder- und Freizeitangebot bis zu drei Monaten,

4. Überweisung an eine andere Schule derselben Schulform oder, wenn eine solche Schule nicht unter zumutbaren Bedingungen zu erreichen ist, an eine Schule mit einem der bisherigen Beschulung der Schülerin oder des Schülers entsprechenden Angebot,

5. Verweisung von der Schule,

6. Verweisung von allen Schulen.“

- b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4)¹Eine Maßnahme nach Absatz 3 Nrn. 3 bis 6 setzt voraus, dass die Schülerin oder der Schüler durch den Schulbesuch die Sicherheit von Menschen ernstlich gefährdet oder den Schulbetrieb nachhaltig und schwer beeinträchtigt hat.² Die Verweisung von einer oder allen Schulen darf nur im Sekundarbereich II, jedoch nicht bei berufsschulpflichtigen Schülerinnen und Schülern, angeordnet werden.³ Für die Dauer einer Maßnahme nach Absatz 3 Nr. 3 und nach Anord-

- nung einer Maßnahme nach Absatz 3 Nr. 4, 5 oder 6 darf die Schülerin oder der Schüler das Schulgelände nicht betreten, während dort Unterricht oder eine andere schulische Veranstaltung stattfindet; Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung. ⁴Eine Maßnahme nach Absatz 3 Nr. 6 kann auch nach Verlassen der Schule von der bislang besuchten Schule angeordnet werden.“
- c) In Absatz 5 Satz 2 werden nach den Worten „Die Gesamtkonferenz kann sich“ ein Komma und die Worte „einer Bildungsgangs- oder Fachgruppe“ eingefügt.
- d) In Absatz 7 werden die Worte „derselben Schulform“ durch ein Komma und die Worte „die Verweisung von der Schule“ ersetzt.
14. § 63 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 3 wird am Ende das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.
- b) Es wird die folgende neue Nummer 4 eingefügt:
„4. einer Oberschule oder“.
- c) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5.
- d) Der dritte Spiegelstrich erhält folgende Fassung:
„— im Fall der Nummer 3 eine Gesamtschule oder eine Oberschule,“.
- e) Es wird der folgende neue vierte Spiegelstrich eingefügt:
„— im Fall der Nummer 4 eine Hauptschule, eine Realschule, eine Gesamtschule oder ein Gymnasium und“.
- f) Im letzten Spiegelstrich werden die Zahl „4“ durch die Zahl „5“ ersetzt sowie nach dem Wort „Realschule“ ein Komma und die Worte „eine Oberschule“ eingefügt.
15. Dem § 64 wird der folgende Absatz 3 angefügt:
„(3) ¹Kinder, deren Deutschkenntnisse nicht ausreichen, um erfolgreich am Unterricht teilzunehmen, sind verpflichtet, im Jahr vor der Einschulung nach näherer Bestimmung durch das Kultusministerium an besonderen schulischen Sprachfördermaßnahmen teilzunehmen. ²Die Schule stellt bei den gemäß Absatz 1 Satz 1 künftig schulpflichtigen Kindern fest, ob die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen.“
16. In § 71 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 werden nach dem Wort „Schule“ die Worte „einschließlich der besonderen schulischen Sprachfördermaßnahmen nach § 64 Abs. 3“ eingefügt.
17. In § 80 Abs. 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Schulvorstand“ das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort „Konferenz“ die Worte „oder den Bildungsgangs- und Fachgruppen“ eingefügt.
18. In § 94 Satz 2 Nr. 3 werden die Worte „im Schulvorstand“ und das folgende Komma gestrichen.
19. In § 96 Abs. 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Schulvorstand“ das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort „Konferenz“ die Worte „oder den Bildungsgangs- und Fachgruppen“ eingefügt.
20. In § 97 Abs. 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Realschulen“ ein Komma und das Wort „Oberschulen“ eingefügt.
21. § 105 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 2 wird die Verweisung „§ 63 Abs. 4 Nrn. 1 und 4“ durch die Verweisung „§ 63 Abs. 4 Nrn. 1, 4 und 5“ ersetzt.
- bb) In Nummer 3 wird die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 2“ durch die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 4“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 Halbsatz 2 wird die Angabe „§ 59 a Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 59 a Abs. 4 Satz 2“ ersetzt.
22. § 106 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
„(2) Die Schulträger sind berechtigt, neben den Schulen nach den §§ 9 bis 11 Gesamtschulen zu führen, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies rechtfertigt und im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt der Besuch
1. einer Hauptschule und einer Realschule oder
 2. einer Oberschule
- sowie eines Gymnasiums unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleibt.“
- b) Es wird der folgende neue Absatz 3 eingefügt:
„(3) ¹Die Schulträger sind berechtigt, Oberschulen zu errichten, wenn die Entwicklung der Schülerzahlen dies rechtfertigt. ²Errichten die Schulträger Oberschulen, so sind sie von der Pflicht befreit, Hauptschulen und Realschulen zu führen. ³Die Erweiterung einer Oberschule um ein gymnasiales Angebot ist zulässig, wenn der Besuch eines Gymnasiums im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet bleibt und der Schulträger desjenigen Gymnasiums zustimmt, das die Schülerinnen und Schüler sonst im Gebiet des Landkreises oder der kreisfreien Stadt besuchen würden. ⁴Absatz 1 bleibt im Übrigen unberührt.“
- c) Die bisherigen Absätze 3 bis 8 werden Absätze 4 bis 9.
- d) Der neue Absatz 6 wird wie folgt geändert:
- aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:
„1. Grundschulen mit Hauptschulen oder mit Oberschulen ohne gymnasiales Angebot sowie“.
- bb) Nummer 2 wird gestrichen.
- cc) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 2.
- e) Der neue Absatz 8 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Verweisung „nach den Absätzen 1 bis 3 und 5“ durch die Verweisung „nach den Absätzen 1 bis 4 und 6“ und die Verweisung „§ 12 Abs. 4 Satz 5“ durch die Verweisung „§ 12 Abs. 2 Satz 6“ ersetzt.
- bb) In Satz 3 wird nach dem Wort „Landkreisordnung“ die Angabe „sowie § 176 Abs. 1 Satz 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes“ eingefügt.
23. § 114 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Verweisung „§ 54 a Abs. 2“ durch die Verweisung „§ 64 Abs. 3“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 3 wird die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 2“ durch die Verweisung „§ 61 Abs. 3 Nr. 4“ ersetzt.
24. § 129 Abs. 3 erhält folgende Fassung:
„(3) ¹Schülerinnen und Schüler, die diesem Bekenntnis nicht angehören, können aufgenommen werden, soweit dadurch der Anteil der bekenntnisfremden Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschülerzahl den in § 157 Abs. 1 Satz 1 genannten Vomhundertsatz nicht überschreitet. ²Das Kultusministerium kann auf Antrag des Schulträgers, der nur im Einvernehmen mit der Schule gestellt werden kann, eine Ausnahme zulassen; über die Erteilung des Einvernehmens der Schule entscheidet der Schulvorstand. ³Das Kultusministerium wird ermächtigt, das Nähere, insbesondere die Voraussetzungen für eine

Ausnahme nach den Sätzen 2 und 4 sowie die Auswahl und das Aufnahmeverfahren, durch Verordnung zu regeln. ⁴Durch die Verordnung können vorübergehende oder auf örtlichen Besonderheiten beruhende Ausnahmen nach Satz 2 zugelassen werden. ⁵§ 52 Abs. 5 findet entsprechende Anwendung.“

25. § 135 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) ¹Eine Schule nach § 129 soll in eine Schule für Schülerinnen und Schüler aller Bekenntnisse umgewandelt werden, wenn bei einer Abstimmung die Mehrheit der Erziehungsberechtigten der Umwandlung zustimmt. ²Über die Umwandlung entscheidet der Schulträger; die Entscheidung bedarf der Genehmigung der Schulbehörde. ³Abstimmungen über eine Umwandlung finden statt, wenn

1. die Erziehungsberechtigten von mindestens 10 vom Hundert der Schülerinnen und Schüler dies schriftlich beantragen,
2. der Schulträger dies beschließt oder
3. der Anteil der bekenntnisfremden Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschülerzahl den in § 157 Abs. 1 Satz 1 genannten Vomhundertsatz in vier aufeinander folgenden Schuljahren überschreitet.

⁴§ 134 ist entsprechend anzuwenden.“

26. § 138 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Abweichend von § 129 Abs. 3 können auf Antrag der Erziehungsberechtigten auch Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden, die diesem Bekenntnis nicht angehören, wenn ihnen der Weg zu anderen Schulen nicht zugemutet werden kann.“

27. § 150 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird der folgende neue Buchstabe d eingefügt:

„d) Oberschulen 1 968 Euro,“.

- b) Die bisherigen Buchstaben d und e werden Buchstaben e und f.

28. § 169 Abs. 1 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird der folgende neue Buchstabe d eingefügt:

„d) Oberschulen,“.

- b) Die bisherigen Buchstaben d bis f werden Buchstaben e bis g.

29. § 170 Abs. 1 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird der folgende neue Buchstabe c eingefügt:

„c) Oberschulen,“.

- b) Die bisherigen Buchstaben c bis e werden Buchstaben d bis f.

30. In § 176 Abs. 1 Nr. 2 werden nach dem Wort „Schule“ die Worte „einschließlich der besonderen schulischen Sprachfördermaßnahmen nach § 64 Abs. 3“ eingefügt.

31. § 183 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Sonderregelungen für
Hauptschulen und Realschulen“.

- b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Bis zum 31. Juli 2011 genehmigte organisatorisch zusammengefasste Haupt- und Realschulen können weitergeführt werden. ²Eine bestehende organisatorische Zusammenfassung mit einer Grundschule oder einer Förderschule bleibt unberührt. ³§ 106 Abs. 1 bleibt im Übrigen unberührt.“

- c) Die Absätze 4 und 5 werden gestrichen.

32. Nach § 183 werden die folgenden §§ 183 a und 183 b eingefügt:

„§ 183 a

Sonderregelungen für Oberschulen

(1) ¹An neu errichteten Oberschulen sind die Vorschriften für die Oberschule im ersten Schuljahr nach ihrer Errichtung nur auf den ersten Schuljahrgang anzuwenden. ²Für die übrigen Schuljahrgänge sind die Vorschriften weiter anzuwenden, die für die entsprechenden bisherigen Schulformen gelten.

(2) ¹An neu errichteten Oberschulen kann die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe geführt werden, wenn bei Errichtung der Oberschule gleichzeitig eine Gesamtschule aufgehoben wird, die die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe geführt hat. ²Abweichend von § 10 a Abs. 1 werden dann auch Schülerinnen und Schüler des 11. und 12. Schuljahrgangs unterrichtet und es können auch alle Abschlüsse wie am Gymnasium erworben werden. ³§ 11 Abs. 3 Satz 4 und Abs. 4 bis 9 gilt entsprechend.

(3) Genehmigungen zur Errichtung von Oberschulen mit Wirkung ab 1. August 2011 können bereits vor diesem Zeitpunkt erteilt werden.

§ 183 b

Sonderregelungen für Gesamtschulen

(1) Auf die bis zum 31. Juli 2008 genehmigten Gesamtschulen und auf die bis zum 31. Juli 2008 erteilten Genehmigungen nach § 106 Abs. 8 Satz 4 ist anstelle von § 106 Abs. 1 und 2 weiterhin § 106 Abs. 1 in der bis zum 31. Juli 2008 geltenden Fassung anzuwenden.

(2) ¹Am 31. Juli 2011 bestehende Kooperative Gesamtschulen können weitergeführt werden. ²§ 106 Abs. 1 bleibt unberührt. ³Auf sie ist § 12 Abs. 2 und § 183 Abs. 3 in der bis zum 31. Juli 2011 geltenden Fassung anzuwenden.

(3) ¹Bestehende Kooperative Gesamtschulen, denen abweichend von § 12 Abs. 2 Satz 1 in der bis zum 31. Juli 2011 geltenden Fassung eine Gliederung nach Schuljahrgängen genehmigt wurde, können diese Gliederung beibehalten. ²Der Unterricht ist dann in schulzweigspezifischen und schulzweigungsübergreifenden Lerngruppen zu erteilen, wobei der schulzweigspezifische Unterricht überwiegen muss.

(4) ¹Soweit die Vorschriften des § 5 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. b und des § 12 Abs. 2 Satz 1 bestimmen, dass auch die Integrierte Gesamtschule und die nach Schuljahrgängen gegliederte Kooperative Gesamtschule mit dem 12. Schuljahrgang enden, sind sie erstmals auf den Schuljahrgang anzuwenden, der sich im Schuljahr 2010/2011 im 5. Schuljahrgang befindet. ²Im Übrigen sind stattdessen die bis zum 31. Juli 2010 geltenden Vorschriften weiter anzuwenden.“

33. Nach § 184 wird der folgende § 184 a eingefügt:

„§ 184 a

Übergangsregelung für die Wahlen zum Landeseltern- und Landesschülerrat

Die nach § 169 Abs. 2 und § 170 Abs. 2 erforderlichen Wahlen getrennt nach den dort jeweils in Absatz 1 genannten Gruppen erfolgen erstmals für die auf den 1. August 2011 folgende Amtszeit nach § 172.“

Artikel 2

Änderung des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes

Das Niedersächsische Personalvertretungsgesetz in der Fassung vom 22. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 11), zuletzt geändert

durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Januar 2010 (Nds. GVBl. S. 16), wird wie folgt geändert:

1. § 93 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird die folgende neue Nummer 5 eingefügt:
„5. Oberschule,“.
 - b) Die bisherigen Nummern 5 bis 7 werden Nummern 6 bis 8.
2. In § 101 Abs. 3 Nr. 2 wird die Verweisung „§ 106 Abs. 6 NSchG“ durch die Verweisung „§ 106 Abs. 8 NSchG“ ersetzt.
3. Dem § 121 wird der folgende Absatz 3 angefügt:
„(3) ¹Nach Einführung der Fachgruppe Oberschule bestehen die gewählten Schulstufenvertretungen bis zum Ende der regelmäßigen Amtszeit fort. ²Die Vorschriften über die vorzeitige Neuwahl der Stufenvertretungen (§ 48 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. § 23) bleiben unberührt.“

Artikel 3

Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

§ 1

Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Die Anlage 1 (zu § 2) des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes in der Fassung vom 7. November 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 631), wird wie folgt geändert:

1. Die Niedersächsische Besoldungsordnung A wird wie folgt geändert:
 - a) In der Besoldungsgruppe 14 werden die folgenden Ämter eingefügt:
„Zweite Oberschulkonrektorin, Zweiter Oberschulkonrektor
— einer Oberschule mit einer Schülerzahl von mehr als 540 —
Zweite Oberschulkonrektorin, Zweiter Oberschulkonrektor
— einer Oberschule mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000³) —
Oberschulkonrektorin, Oberschulkonrektor
— als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 —
— als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 361 bis 540³) —
Oberschulrektorin, Oberschulrektor
— als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Oberschule mit einer Schülerzahl von 288 bis 540 —
— als Leiterin oder Leiter einer Oberschule mit einer Schülerzahl bis 180 —
— als Leiterin oder Leiter einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360³) —
— als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs II einer Oberschule³) —
— als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Oberschule mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000 —³)“.
- b) In der Besoldungsgruppe 15 werden

- aa) beim Amt „Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter“ beim Funktionszusatz „als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters“ die Bezeichnungen „einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000“ und „einer Oberschule mit Oberstufe³) oder einer Schülerzahl von mehr als 1 000³)“ eingefügt,
 - bb) die folgenden Ämter eingefügt:
„Oberschuldirektorin, Oberschuldirektor
— als Leiterin oder Leiter einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1000 —³)
Oberschulrektorin, Oberschulrektor
— als Leiterin oder Leiter einer Oberschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 361 bis 540 —
— als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Oberschule mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000 —“.
 - c) In der Besoldungsgruppe 16 wird das Amt „Oberschuldirektorin, Oberschuldirektor — als Leiterin oder Leiter einer Oberschule mit Oberstufe oder mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000 —“ eingefügt.
2. In der Niedersächsischen Besoldungsordnung B wird in der Besoldungsgruppe 2 das Amt „Präsidentin oder Präsident der Niedersächsischen Schulinspektion“ gestrichen.

§ 2

Überleitungen

Beamtinnen und Beamte in Ämtern, deren Amtsbezeichnung sich am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes ändert, werden nach Maßgabe der Überleitungsübersicht (**Anlage**) übergeleitet; sie führen die neue Amtsbezeichnung.

Artikel 4

Änderung der Verordnung für die Schulorganisation

Die Verordnung für die Schulorganisation vom 17. Februar 2011 (Nds. GVBl. S. 62) wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird die Tabelle wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 2 Spalte 4 Satz 1 Halbsatz 1 wird die Verweisung „§ 106 Abs. 5“ durch die Verweisung „§ 106 Abs. 6“ ersetzt.
 - bb) Es wird die folgende neue Nummer 4 eingefügt:

„4	Oberschule im Sekundarbereich I		
4.1	Oberschule ohne gymnasiales Angebot	2	6
4.2	Oberschule mit gymnasialem Angebot	3, bei Schulzweigliederung davon mindestens 1 im gymnasialen Schulzweig	9“.
 - cc) Die bisherigen Nummern 4 bis 8 werden Nummern 5 bis 9.

- dd) In der neuen Nummer 7 erhält die Spalte 1 folgende Bezeichnung:
„Oberschule, Gymnasium und Gesamtschule im Sekundarbereich II“.
- ee) In der neuen Nummer 9 Spalte 4 wird die Verweisung „§ 106 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3“ durch die Verweisung „§ 106 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 wird die Tabelle wie folgt geändert:
 - aa) Nach der Zeile

„Realschule	27“
werden die folgenden Zeilen eingefügt:	
„Oberschule ohne gymnasiales Angebot	24
Diese Schülerzahl darf bis zum 31. Juli 2015 unterschritten werden, wenn bei Errichtung der Oberschule gleichzeitig eine organisatorisch zusammengefasste Haupt- und Realschule aufgehoben wird.	
Oberschule im Sekundarbereich I mit gymnasialem Angebot	
im gymnasialen Angebot	27
im Übrigen	24“.
 - bb) In der Zeile „Integrierte Gesamtschule im Sekundarbereich I“ wird in der Spalte „Schülerzahl je Zug oder Lerngruppe“ die Zahl „26“ durch die Zahl „24“ ersetzt.
 - cc) In der Zeile „Gymnasium und Gesamtschule im Sekundarbereich II“ werden vor dem Wort „Gymnasium“ das Wort „Oberschule“ und ein Komma eingefügt.

- 2. In § 5 Abs. 1 wird der Klammerzusatz „(§ 106 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 NSchG)“ durch den Klammerzusatz „(§ 106 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 NSchG)“ ersetzt.
- 3. In § 6 Abs. 1 wird die Verweisung „§ 106 Abs. 1 und 2“ durch die Verweisung „§ 106 Abs. 1 bis 3“ ersetzt.

Artikel 5

Änderung der Verordnung über Stellenzulagen für Lehrkräfte mit besonderen Funktionen

§ 1 Abs. 1 der Verordnung über Stellenzulagen für Lehrkräfte mit besonderen Funktionen vom 23. Juni 2010 (Nds. GVBl. S. 254) wird wie folgt geändert:

- 1. Am Ende der Nummer 4 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.
- 2. Es wird die folgende Nummer 5 angefügt:
 „5. Fachkonferenzleiterinnen und Fachkonferenzleiter an Oberschulen mit einer Schülerzahl von mehr als 287 eine Stellenzulage von 150,00 Euro monatlich; die Sätze 1 und 2 der Vorbemerkung Nummer 5 zu den Niedersächsischen Besoldungsordnungen A, B, C und W gelten entsprechend.“

Artikel 6

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2011 in Kraft.

Hannover, den 16. März 2011

Der Präsident des Niedersächsischen Landtages

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Anlage

(zu Artikel 3 § 2)

Überleitungsübersicht

Bisherige Besoldungsgruppe, Amtsbezeichnung, Funktion	Neue Besoldungsgruppe	Neue Amtsbezeichnung, Funktion
Besoldungsgruppe A 13		
Konrektorin, Konrektor als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	—	Konrektorin, Konrektor als Dezernentin oder Dezernent beim Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung
Besoldungsgruppe A 14		
Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	—	Förderschulkonrektorin, Förderschulkonrektor als Dezernentin oder Dezernent beim Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung
Oberstudienrätin, Oberstudienrat als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	—	Oberstudienrätin, Oberstudienrat als Dezernentin oder Dezernent beim Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung
Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor als Dezernentin oder Dezernent beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	—	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor als Dezernentin oder Dezernent beim Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung

Bisherige Besoldungsgruppe, Amtsbezeichnung, Funktion	Neue Besoldungsgruppe	Neue Amtsbezeichnung, Funktion
Besoldungsgruppe A 15		
Direktorin oder Direktor beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	—	Direktorin oder Direktor beim Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung
Besoldungsgruppe A 16		
Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung	—	Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung
Besoldungsgruppe B 2		
Präsidentin oder Präsident des Landesamtes für Lehrerbildung und Schulentwicklung	—	Präsidentin oder Präsident des Niedersächsischen Landesinstituts für schulische Qualitätsentwicklung

Einstellung von Lehrkräften an allgemein bildenden Schulen zum 15.8.2011 und Unterrichtsversorgung zum 1. Schulhalbjahr des Schuljahres 2011/2012

RdErl d. MK v. 31.3.2011, 15-84 002 - VORIS 22410 -

Bezug: RdErl. d. MK v. 9.2.2004 – 307- 84001/3 – (SVBl. S. 128), zuletzt geändert durch RdErl. v. 29.7.2010 (SVBl. S. 324) - VORIS 22410 -
RdErl d. MK v. 15.3.2011, 15-84 002 Q

1. Einstellungen und Übernahmen auf Stellen

1.1 Für die **Neueinstellung** von Lehrkräften zum 15.8.2011 weise ich Ihnen den nachfolgend aufgeführten **Stellenumfang von 1.950 Stellen** zu. Von diesen sind 100 Stellen zunächst in der Reserve zu behalten und für nachträgliche Bekanntgaben zu verwenden.

Verteilung der Einstellungsmöglichkeiten:

Schulformen	Kapitel	Standorte				Stellen insgesamt
		Braunschweig	Hannover	Lüneburg	Osnabrück	
Grundschulen sowie Haupt- und Realschulen	0710 0712 0713	100	190	140	290	720
Förderschulen	0711	25	25	20	40	110
Gymnasien	0714	90	150	140	190	570
Gesamtschulen	0718	120	150	50	130	450
Stellenausschreibungen am 6.5.2011		335	515	350	650	1.850
Stellenreserve		20	30	20	30	100
Zugewiesene Stellen		355	545	370	680	1.950

Die Einstellungen erfolgen grundsätzlich im Beamtenverhältnis. Liegen die rechtlichen Voraussetzungen für diese nicht vor, sind diese Lehrkräfte als Tarifbeschäftigte einzustellen.

Die **Aufteilung** der insgesamt für die Kapitel 0710 und 0712/13 zugewiesenen Stellen auf die Schulformen sowie der Stellen des Kapitels 0718 auf die Lehrämter ist gemäß den Regelungen zur Unterrichtsversorgung und dem Bedarf der Schulen vorzunehmen.

Versetzungen zwischen den **Regionalabteilungen** und innerhalb der Regionalabteilungen können im gegenseitigen Austausch oder gegen die Verlagerung von Einstellungsermächtigungen vorgenommen werden. Bei unterdurchschnittlich versorgten Bereichen und bei Schulformen mit einem Bewerbermangel muss aber sichergestellt sein, dass auch Ersatz eingestellt werden kann.

1.2 Die Vorausschätzung frei werdender Stellen geht davon aus, dass alle fristgerecht bis zum 31.1.2011 vorgelegten Anträge auf Beurlaubung oder Reduzierung der Stundenzahl genehmigt werden. Wird ein solcher Antrag aus dienstlichen Gründen abgelehnt oder aus dienstlichen Gründen eine Erhöhung der Stundenzahl bzw. eine vorzeitige Rückkehr aus der Beurlaubung vorgenommen, ist im entsprechenden Umfang eine zugewiesene Einstellungsmöglichkeit zu sperren.

1.3 Für die **unbefristete Übernahme** von **Vertretungslehrkräften** in den Schuldienst werden gemäß Ihrer Berichte folgende Stellen bereitgestellt:

Schulformen	Kapitel	Standorte				Stellen insgesamt
		Braunschweig	Hannover	Lüneburg	Osnabrück	
Grundschulen	0710	10	6	3	12	31
Haupt- und Realschulen	0712/ 0713		4	1	3	8
Förderschulen	0711	1			0	1
Gymnasien	0714	2	1	1	2	6
Gesamtschulen	0718		2			2
insgesamt		13	13	5	16	48

Grundsätzlich erfolgt die Übernahme von Lehrkräften mit einer Lehrbefähigung für ein Lehramt in das Beamtenverhältnis auf Probe. Liegen die rechtlichen Voraussetzungen hierfür nicht vor, sind diese Lehrkräfte als Tarifbeschäftigte einzustellen.

1.4 Die **Übernahme** von im Schuldienst stehenden Lehrkräften im Einigungsverfahren zwischen den Ländern wird durch gesonderten Erlass geregelt. Ein ggf. erforderlicher Stellenausgleich ist in der Zuweisung von Stellen gemäß Nr. 1.1 berücksichtigt.

1.5 **Zusätzliche Einstellungen** können in dem Umfang vorgenommen werden, in dem die einzustellenden Lehrkräfte ihre Stundenzahl unter die Regelstundenzahl reduzieren. Vor Verwendung der eigenen Einstellungsreserve sind hierdurch freie Einstellungsermächtigungen einzusetzen. Das gilt auch für die Übernahmen gemäß Nr. 1.3 und 1.4.

Scheiden eingestellte Lehrkräfte innerhalb eines halben Jahres nach der Einstellung durch Entlassung oder andere Gründe aus, so können diese Stellen mit meiner vorherigen Zustimmung wieder besetzt werden.

Wird gemäß der KMK-Vereinbarung vom 10.5.2001 eine im Schuldienst befindliche Lehrkraft, die nicht beurlaubt ist, von einem anderen Land im Wege des Bewerbungs- und Auswahlverfahrens übernommen, kann die dadurch frei werdende Stelle in dem bisher in Anspruch genommenen Umfang wieder besetzt werden. Bei Übernahmen auf Funktionsstellen erfolgt keine Verrechnung mit Stellen gemäß Nr. 1.1.

1.6 **Vertretungslehrkräfte** können als befristet Tarifbeschäftigte im Rahmen der beim Titel 428 27 zugewiesenen Haushaltsmittel eingestellt werden. Verträge können bis zum Umfang der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Lehrkraft abgeschlossen werden. Dabei darf der Beschäftigungsumfang der zu vertretenden Lehrkraft nicht überschritten werden. Die jeweilige Vertragsstundenzahl ist unter Berücksichtigung der Häufigkeit der Vertretungsfälle festzulegen.

Eine Planung für die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel ist so vorzunehmen, dass die unerwarteten oder vorübergehenden Unterrichtsausfälle **während** des gesamten Schuljahres in den besonders schwerwiegenden Fällen vermindert werden können.

1.7 Sofern ein fächerspezifischer Bedarf nicht durch Neueinstellung, Versetzung, Abordnung oder schulinterne Anpassung des Lehrereinsatzes abzudecken ist, können **befristete Personalmaßnahmen** – längstens bis zum 31.1.2012 – veranlasst werden.

In der Regel sollten befristete Verträge mit Befristungsgrund, die Beschäftigung von in Ruhestand befindlichen Lehrkräften oder Mehrarbeit gegen Mehrarbeitsvergütung bei vollzeitbeschäftigten Lehrkräften genutzt werden. In Ausnahmefällen können befristete Arbeitsverträge ohne Befristungsgrund, abgeschlossen werden. Diese können nur mit Lehrkräften abgeschlossen werden, die bislang noch in **keinem** Beschäftigungsverhältnis zum Land Niedersachsen standen.

Die Buchungen der einzelnen o. g. Maßnahmen sind bei den zutreffenden Titeln entsprechend der Haushaltssystematik durchzuführen. Zum Ausgleich sind Stellen für den entsprechenden Zeitraum zu sperren. Der Umfang der Sperren und der Umfang der befristeten Personalmaßnahmen – monetär für das laufende Schulhalbjahr – ist mir bis zum 31.10.2011 mitzuteilen.

1.8 Über die Verwendung der Stellen und Mittel und die Inanspruchnahme der Ermächtigungen entscheidet der **Personalplaner** in der Stabsstelle der Niedersächsischen Landesschulbehörde im Rahmen der Vorgaben dieses Erlasses.

2. Regelungen zur Unterrichtsversorgung

2.1 Für die Unterrichtsversorgung im 1. Schulhalbjahr des Schuljahres 2011/2012 ist u. a. Folgendes zu berücksichtigen:

- Die Wiederbesetzung der frei werdenden Stellen,
- die Veränderungen bei der Inanspruchnahme des Arbeitszeitkontos,
- die Einführung der Oberschulen aufsteigend, beginnend mit dem 5. Schuljahrgang
- die Genehmigung und Ausstattung neuer Gesamtschulen mit Lehrerstunden,
- die Senkung der Schülerhöchstzahl an Realschulen und Gymnasien aufsteigend, beginnend mit dem 5. Schuljahrgang, um jeweils 2 Schülerinnen und Schüler
- die Kooperation von Hauptschulen und ggf. Realschulen mit berufsbildenden Schulen,
- das Ausscheiden des doppelten Abiturjahrgangs,
- die Ausweitung der Regionalen Konzepte,
- die Übergänge zwischen den verschiedenen Schulformen und
- die geringe Zahl von Bewerbungen in den Mangelfächern für alle Lehrämter.

2.2 Die entsprechend der Einstellungsmöglichkeiten gemäß Nr. 1.1 neu einzustellenden Lehrkräfte dienen neben der Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in erster Linie dem überregionalen **Ausgleich der Unterrichtsversorgung zwischen den Schulen**. Maßstab zum Ausgleich der Unterrichtsversorgung ist der mit den zugewiesenen Einstellungen **erreichbare Durchschnitt** der Unterrichtsversorgung in den einzelnen Schulformen. Unterrichtsbedarfe an neu einzurichtenden Oberschulen sind zunächst durch Abordnungen und Versetzungen zu decken.

Es wird angenommen, dass im 1. Schulhalbjahr des Schuljahres 2011/2012 im **Landesdurchschnitt** an den Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen, Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien eine **einheitliche rechnerische Unterrichtsversorgung** erreicht wird. Da mangels geeigneter und regional mobiler Bewerberinnen und Bewerber ein Teil der Stellen erst zum 31.10.2011 mit dann fertig ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen besetzt werden kann, ist der angestrebte Ausgleich erst mit diesen erreichbar.

An den **Grundschulen** sind die sog. Überhangstunden über 100% weitgehend abzubauen. Dies hat der Nds. Landtag am 18.09.2003 aufgrund einer Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes beschlossen. Diese Stunden sind für die Erteilung eines vollständigen Unterrichts auch an den anderen Schulformen zu verwenden. **Ziel** ist die Versorgung jeder Grundschule mit 100%, um die Verlässlichkeit der Grundschule zu gewährleisten.

Zum Einsatz von **Förderschul-Lehrkräften in der Grundschule** gelten die Regelungen in Nr. 5.10 des Bezugserlasses. Außerhalb der sonderpädagogischen Grundversorgung können weiterhin maximal 0,3 Stunden je Klasse von Förderschullehrkräften eingesetzt werden.

Auf **neue Schulen und Schulformen sowie Schulen im Entstehen** ist besonders zu achten. Grundsätzlich sind sie mit Lehrkräften der Schulen zu versorgen, auf die die Schülerinnen und Schüler ohne Neugründung gegangen wären.

2.3 Die Auszubildenden im **Vorbereitungsdienst** sind möglichst gleichmäßig auf die Schulen zu verteilen. Veränderungen

in der Zuweisung von Auszubildenden sind frühzeitig in die Planungen mit einzubeziehen. Hingewiesen wird auf die erforderliche Abstimmung mit den Studienseminaren bzgl. des quantitativen Rahmens, innerhalb dessen Schulen zur Ausbildung herangezogen werden sollen.

Bei der Ermittlung der rechnerischen Unterrichtsversorgung ist der Unterricht in eigener Verantwortung voll mitzurechnen. Bei der Zuweisung von Einstellungen und bei der Versetzung von Stammllehrkräften zum Ausgleich der Unterrichtsversorgung ist der Unterricht in eigener Verantwortung jedoch nur zur Hälfte zu berücksichtigen.

2.4 Die **durchschnittliche Unterrichtsversorgung** der Schulen **aller Schulformen** einschließlich der Gymnasien und Gesamtschulen in einem **Landkreis** bzw. einer kreisfreien Stadt soll höchstens einen Prozentpunkt von der durchschnittlichen Unterrichtsversorgung im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Regionalabteilung der Niedersächsischen Landesschulbehörde abweichen.

Die Unterrichtsversorgung der **einzelnen Schulen** ist zum Beginn des Schuljahres mit den dann vorhandenen unbefristet beschäftigten Lehrkräften möglichst vollständig auszugleichen. Auf die Grundsätze zum Einsatz von Vertretungslehrkräften wird verwiesen.

Es ist **Aufgabe der Schulen** und der **Niedersächsischen Landesschulbehörde**, in der gemeinsamen Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler flexibel und kurzfristig durch **Ausgleich** vor Ort auf Veränderungen zu reagieren. Insbesondere sind Abordnungen und Versetzungen von Lehrkräften von überdurchschnittlich versorgten Schulen vorzunehmen. Aufgrund der Zuständigkeit des Landes für die Ressourcenbereitstellung entscheidet die Niedersächsische Landesschulbehörde über den Umfang und Art der erforderlichen Personalmaßnahmen, dies betrifft auch Abordnungen zwischen den Schulformen zur Deckung besonderer fächerspezifischer Bedarfe. Sofern die dienstrechtliche Befugnis für Abordnungen an die Schule übertragen ist, ist es Aufgabe der abgebenden Schule in Abstimmung mit der aufnehmenden Schule mit einer konkreten Personalentscheidung die Vorgabe umzusetzen.

2.5 **Versetzungen** von Lehrkräften auf Antrag dürfen nur durchgeführt werden, wenn dadurch der Ausgleich der Unterrichtsversorgung nicht beeinträchtigt wird.

Neu eingestellte Lehrkräfte können aus Gründen der Unterrichtskontinuität und der Sicherung einer ausgeglichenen Unterrichtsversorgung frühestens 3 Jahre nach der Einstellung für eine Versetzung freigegeben werden. Ausnahmen sind nur in besonderen Einzelfällen möglich, wenn ein schwerwiegender Versetzungsgrund nach der Einstellung entstanden ist.

Lehrkräfte, die Anträge auf Versetzung an Schulen im Entstehen stellen, sind freizugeben, sofern sie nicht an Schulen in unterdurchschnittlich versorgten Bereichen unterrichten.

2.6 Auf die Regelungen des Bezugserrlasses „Klassenbildung und Lehrerstundenzuweisung an den allgemein bildenden Schulen“ vom 9.2.2004 in der derzeit gültigen Fassung wird hingewiesen. Die Entscheidung über die Inanspruchnahme des zugewiesenen Kontingents für **besondere Fördermaßnahmen** sowie die Verteilung der Stunden auf die Schulen ist frühzeitig in die Planungen mit einzubeziehen. Die Schulen sind vor Beginn des Schulhalbjahres über die zur Verfügung stehenden Stunden zu informieren.

Innerhalb der Schule ist zu Beginn des Schuljahres der gesamte Unterrichtsbedarf mit den vorhandenen und den neu einzustellenden Lehrkräften abzudecken.

Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung in **Fächern, in denen eine geringe fächerspezifische Versorgung besteht**, sollen vorrangig in diesen Fächern unterrichten.

Die Erteilung **aller Schülerpflichtstunden** hat an allen Schulformen und Schulen **Vorrang vor allen anderen unterrichtlichen Angeboten**. Dies gilt nicht nur für die Gestaltung des Lehrereinsatzes zu Beginn des Schulhalbjahres, sondern auch für die täglichen Regelungen des Einsatzes der Lehrkräfte im Rahmen des Vertretungskonzeptes der Schule.

Es ist Aufgabe der Schule, geeignete Vertretungskonzepte für den Umgang mit wechselnden Unterrichtsbedarfen und Anwesenheitszeiten von Lerngruppen und Lehrkräften zu entwickeln, um Unterrichtsausfall weitestgehend zu vermeiden.

Der Schulelternrat und die Klassenelternschaften sind darüber zu informieren,

- wie die Klassenbildung erfolgt ist,
- wie viele Schülerpflichtstunden zu erteilen sind,
- welche Schülerpflichtstunden mit Angabe des Grundes nicht erteilt werden und
- welche Zusatzangebote (Wahlangebote, Differenzierungen, Fördermaßnahmen etc.) durchgeführt werden.

3. Bekanntgabe der Einstellungsmöglichkeiten

3.1 Die Einstellungsmöglichkeiten gemäß Nr. 1.1 sind unter Angabe des erforderlichen Lehramtes für **bestimmte Schulen, ggf. zusätzlich Schulform bzw. Schulzweig, als Schulstellen oder Bezirksstellen** bekannt zu geben. **Konkrete Stellenausschreibungen an zu erwartenden Oberschulen erfolgen zunächst nicht.**

Bei Grund-, Haupt- und Real- sowie Förderschulen mit mindestens 20 Vollzeitlehreinheiten (VZLE) oder Schulverbünden sowie an allen Gymnasien und Gesamtschulen sind die Stellen grundsätzlich als Schulstellen bekannt zu geben. Für die übrigen Schulen mit weniger als 20 VZLE legt die Niedersächsische Landesschulbehörde unter Berücksichtigung der Regelungen gemäß Nr. 4.6 fest, ob Schulstellen oder Bezirksstellen auszuschreiben sind.

Stellen mit der erforderlichen Zusatzqualifikation zur Erteilung islamischen oder alevitischen Religionsunterrichts sind möglichst als Bezirksstellen auszuschreiben. Die Niedersächsische Landesschulbehörde nimmt bei einer Ausschreibung als Schulstelle Beratungsfunktion wahr. Stellen mit der erforderlichen Zusatzqualifikation für den herkunftssprachlichen Unterricht sind als Bezirksstellen auszuschreiben.

Die Ausschreibungen für die Lehramter an Grund- und Hauptschulen (GH), Grund-, Haupt- und Realschulen (GHR) und Realschulen (RS) werden zusammengefasst bekannt gegeben.

3.2 Zur landesweiten Sicherstellung der fächerspezifischen Unterrichtsversorgung werden der Niedersächsischen Landesschulbehörde abweichend von den Nrn. 3.2 Buchstabe b, 3.3 Buchstabe b, 3.4 Buchstabe b und 3.5 Buchstabe b des RdErl. v. 31.5.2007 – 13.3-03000 – geändert durch RdErl. v. 3.5.2010 – 14.03 000 (20) – die dienstrechtlichen Befugnisse für Einstellungen (Begründung des Beamtenverhältnisses und

Abschluss des Arbeitsvertrages) von Bewerberinnen und Bewerbern auf Stellen mit folgenden vorrangigen Mangelfächern übertragen:

- Lehramt an **Grund- und Hauptschulen, Grund-, Haupt- und Realschulen** sowie an **Realschulen**:
Französisch, Physik, Chemie
- Lehramt an **Gymnasien**:
Latein, Physik, Informatik

Die Stellen sind als **Bezirksstellen** bekannt zu geben.

3.3 In folgenden **Mangelfächern** ist mit einem gemessen am landesweiten fächerspezifischen Bedarf der Schulen zu geringen Bewerberangebot zu rechnen:

- Lehramt an **Grund- und Hauptschulen, Grund-, Haupt- und Realschulen** sowie an **Realschulen** bei Stellen an Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen:
Französisch, Englisch, Musik, Politik, Physik, Chemie und Technik
- Lehramt an **Gymnasien**:
Latein, Kunst, ev. Religion, Mathematik, Physik und Informatik

Bei der Festlegung der Anzahl der Ausschreibungen mit Mangelfächern ist die Anzahl der Bewerbungen zu berücksichtigen.

3.4 Die Niedersächsische Landesschulbehörde legt für alle Stellenausschreibungen unter Beachtung eines begründeten Vorschlages der Schule fest, mit welchen **Fächern bzw. sonderpädagogischen Fachrichtungen** und ggf. zusätzlichen Anforderungen die Einstellungen bekannt gegeben werden.

Es sind nur Unterrichtsfächer des Masters of Education bzw. der 1. Staatsprüfung zu verwenden. Auf die Verordnung über Masterabschlüsse für Lehrämter in Niedersachsen (Nds. MasterVO-Lehr) vom 8.11.2007 (Nds. GVBl. S. 488) sowie die Verordnung über die Ersten Staatsprüfungen für Lehrämter im Land Niedersachsen (PVO-Lehr I) vom 15.4.1998 (Nds. GVBl. S. 399), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26.1.2006 (Nds. GVBl. S. 33), wird hingewiesen.

Stellen für das Lehramt für Sonderpädagogik sind in der Regel mit einer sonderpädagogischen Fachrichtung und erforderlichenfalls mit einem Unterrichtsfach bekannt zu geben. Die Ausschreibung Sonderpädagogische Fachrichtung/ beliebig ist möglich.

Die Fächer der einzelnen Stellen (ohne Stellen an Förderschulen) können wie folgt angegeben werden:

- benötigtes Fach a/ benötigtes Fach b, ggf. alternativ Fach c oder d

oder bei Mangelfächern gem. Nr. 3.3

- benötigtes Fach/ beliebig.

An Hauptschulen und Realschulen ist darüber hinaus eine Stellenausschreibung zulässig mit Mathematik/ beliebig, die Stellenausschreibung ist mit dem Zusatz „Zweifach nicht Physik“ zu ergänzen. Stellenausschreibungen mit Mathematik/ beliebig an Gymnasien oder dem entsprechenden Zweig der Gesamtschulen sind mit dem Zusatz „Zweifach nicht Physik oder Informatik“ zu ergänzen.

Stellenausschreibungen für Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Gymnasien, insbesondere mit dem Fach

Französisch, können mit dem Zusatz „Teilabordnung an eine benachbarte Realschule möglich“ versehen werden.

Wird als erforderliche Zusatzqualifikation die Erteilung von islamischem oder alevitischem oder herkunftssprachlichem Unterricht angegeben, so ist auch eine Stellenausschreibung Nichtmangelfach/ beliebig möglich.

Bei Stellenausschreibungen Mangelfach/ beliebig können durch einen Zusatz bis zu zwei Fächer ausgeschlossen werden.

Sofern in Einzelfällen aufgrund der besonderen Bewerberlage eine abweichende Ausschreibung beabsichtigt ist, ist hierüber vorab zu berichten.

Die vorstehenden Einschränkungen gelten nicht für Umwidmungen und nachträgliche Stellen. In beiden Fällen ist die Ausschreibung Nichtmangelfach/ beliebig zulässig; ein Zusatz ist nicht erforderlich.

3.5 Die Stellen können gemäß dem Bedarf der Schule von der Niedersächsischen Landesschulbehörde mit **zusätzlichen auswahlrelevanten Anforderungen** versehen werden. Es wird unterschieden zwischen

- Bemerkungen zur Organisation der Schule,
- Anforderungen, die erforderlich und
- Anforderungen, die erwünscht sind.

Die Anforderungen wirken sich wie folgt auf das Auswahlverfahren aus:

- Wird auf die Organisation der Schule hingewiesen (z. B. Ganztagschule), muss die Lehrkraft uneingeschränkt für den Unterricht an dieser Schule zur Verfügung stehen.
- Erforderliche zusätzliche Anforderungen können ausgeschrieben werden, wenn ohne diese der Unterricht an der Schule nicht gemäß der Stundentafel erteilt oder das Schulprogramm nicht verwirklicht werden kann. In das Auswahlverfahren werden nur Lehrkräfte einbezogen, die über diese Anforderungen verfügen. Die Forderung eines 3. Lehrbefähigungsfaches ist nicht zulässig.
- Erwünschte zusätzliche Anforderungen sind zusätzliche Kriterien, die beim Abwägungsprozess zwischen mehreren Bewerbungen im Rahmen einer Differenz in der Bewerbernote von in der Regel bis zu 1,0 mit heranzuziehen sind.

Es ist darauf zu achten, dass Stellen mit der erwünschten oder erforderlichen Bewerber-Zusatzqualifikation „Kenntnisse in niederdeutscher Sprache“ auszuschreiben sind.

4. Bewerbungs- und Auswahlverfahren

4.1 Grundsätzliches Ziel der Landesregierung ist die Einstellung von Lehrkräften mit abgeschlossener für die betreffende Schulform vorgesehener Lehramtsausbildung.

Da für die Stellen häufig nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber mit abgeschlossener Ausbildung zur Verfügung stehen werden, können sich auch Lehrkräfte bewerben, die den **Vorbereitungsdienst spätestens am 31.10.2011** beenden werden.

4.2 Aufgrund der besonderen Bedarfslage werden folgende **Bewerbungs- und Einsatzmöglichkeiten geöffnet**:

Für **Stellen** an Haupt- oder Realschulen sowie Gesamtschulen, die für das **Lehramt an Grund- und Hauptschulen, das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen** oder an **Realschulen**

ausgeschrieben wurden, können sich auch Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Gymnasien bewerben.

Für **Stellen für das Lehramt für Sonderpädagogik** können sich auch Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Realschulen, das Lehramt an Grund- und Hauptschulen oder das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen bewerben.

Für **Stellen** an Gymnasien und Gesamtschulen, die für das **Lehramt an Gymnasien** ausgeschrieben wurden, können sich auch Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Realschulen, das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen oder das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bewerben.

Die jeweiligen Bewerbungen mit anderer Lehrbefähigung für ein Lehramt werden nachrangig im Auswahlverfahren berücksichtigt, da grundsätzlich ein Einsatz der Lehrkräfte an der Schulform vorgesehen ist, für die sie ausgebildet wurden.

Bewerbungen von Lehrkräften mit der Lehrbefähigung für das **Lehramt an berufsbildenden Schulen** werden grundsätzlich gleichrangig zum Lehramt an Gymnasien behandelt, sofern die Lehrkräfte über zwei allgemein bildende Fächer verfügen und sie in diesen Fächern auch ausgebildet wurden. Entsprechendes gilt auch bei einer Bewerbung um Stellen, die an Realschulen ausgeschrieben wurden. Die Einstellung dieser Lehrkräfte erfolgt entsprechend dem Lehramt der ausgeschriebenen Stelle als Studienrätin/Studienrat (A 13) bzw. Realschullehrerin / Realschullehrer (A 12) im Beamtenverhältnis auf Probe.

In allen anderen Fällen werden Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen nachrangig nach Lehrkräften mit einer an den allgemein bildenden Schulen vorgesehenen Lehramtsausbildung im Auswahlverfahren berücksichtigt und im unbefristeten Tarifbeschäftigtenverhältnis eingestellt.

Die **Einstellung** von Lehrkräften mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Realschulen, das Lehramt an Grund- und Hauptschulen oder für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen an Gymnasien und an Förderschulen erfolgt im Beamtenverhältnis auf Probe im Eingangsamt der jeweiligen Lehrbefähigung als Realschullehrerin/Realschullehrer (A 12) bzw. Lehrerin/Lehrer (A 12). Die Einstellung von Lehrkräften mit einer Lehrbefähigung für das Lehramt an Gymnasien an Haupt- oder Realschulen erfolgt im Beamtenverhältnis auf Probe entsprechend dem Lehramt der ausgeschriebenen Stelle als Lehrerin/Lehrer (A 12) bzw. Realschullehrerin/Realschullehrer (A 12). In der Regel ist ein Drittel der gesamten Unterrichtsverpflichtung im Rahmen der 3-jährigen Probezeit an einer der Schulformen abzuleisten, für die die Lehrbefähigung erworben wurde, vorrangig im 3. Jahr der Probezeit.

In begründeten Ausnahmefällen kann bei Einstellung von Lehrkräften mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, Grund-, Haupt- und Realschulen oder das Lehramt an Realschulen an Gymnasien und an Förderschulen oder von Lehrkräften mit der Lehrbefähigung für das Lehramt an Gymnasien an Haupt- und Realschulen die 3-jährige Probezeit auch in vollem Umfang an diesen absolviert werden. Bei absehbarer Verkürzung der Probezeit aufgrund von Anrechnungszeiten gem. § 19 NBG sind diese Lehrkräfte an einer ihrer Lehrbefähigung entsprechenden Schule einzustellen.

4.3 Ebenfalls bewerben können sich Interessentinnen und Interessenten ohne eine für die Unterrichtstätigkeit in Niedersachsen vorgesehene abgeschlossene Lehramtsausbildung, die

aufgrund einer anderweitigen Ausbildung für den Unterricht qualifiziert sind. Für den **Quereinstieg** ist mindestens ein Hochschulabschluss und die Möglichkeit der Zuordnung zu mindestens einem Unterrichtsfach erforderlich.

Die Einstellung erfolgt grundsätzlich im Tarifbeschäftigtenverhältnis, in der Regel wird ein auf 2 Jahre befristeter Arbeitsvertrag geschlossen. Im Einzelfall ist bei Vorliegen der Voraussetzungen gem. § 8 NLVO-Bildung und der sonstigen beamtenrechtlichen Voraussetzungen auch eine Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe möglich.

Grundsätzlich erfolgt in einer ergänzenden berufsbegleitenden Qualifizierungsphase die Einführung in die allgemeinen pädagogischen Aufgaben von Lehrkräften sowie die Begleitung bei der Ausübung der fachdidaktischen und -methodischen Lehrtätigkeit. Auf den Erlass vom 15.3.2011 Az. 15-84002 Q zur Einstellung von Lehrkräften ohne eine für eine Unterrichtstätigkeit an allgemein bildenden Schulen vorgesehene Lehramtsausbildung wird hingewiesen.

4.4 Für **befristete Einstellungen** von Lehrkräften zur Erteilung von Unterricht, die aus dem Budget der Schulen finanziert werden, sowie für befristete Vertretungsverträge können sich neben Lehrkräften mit abgeschlossener Lehramtsausbildung auch Interessentinnen und Interessenten mit den unter 4.3 genannten Qualifikationen sowie darüber hinaus für alle Schulformen entsprechende Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen bewerben. Bewerberinnen und Bewerber ohne abgeschlossenes Studium sollten mindestens eine erfolgreich abgelegte Zwischenprüfung oder ein Vordiplom nachweisen.

4.5 Lehrkräfte, die für das Fach **Evangelische Religion** eingestellt werden sollen und den Vorbereitungsdienst nach dem 31.10.2006 beendet haben, benötigen als Bevollmächtigung durch die evangelische Kirche die Vokation für die Schulform, an der sie eingestellt werden sollen. Lehrkräfte für das Fach Katholische Religion benötigen die Missio Canonica. Der Nachweis der jeweils örtlich zuständigen Kirche ist erst erforderlich, wenn eine Einstellung beabsichtigt ist. Lehrkräfte, die für eine Unterrichtserteilung im Rahmen des Schulversuchs Islamischer Religionsunterricht bzw. am Modellprojekt alevitischer Religionsunterricht vorgesehen sind, müssen Mitglied der entsprechenden Glaubensgemeinschaft sein.

4.6 Das **Auswahlverfahren** wird bei **Schulstellen** durch die Schulen durchgeführt. An Gymnasien und Gesamtschulen, den Grund-, Haupt- und Realschulen und Förderschulen mit mindestens 20 VZLE sowie an Schulen, die sich zu Schulverbänden zusammengeschlossen haben, entscheidet die Schulleiterin bzw. der Schulleiter über die Auswahl der einzustellenden Lehrkräfte. Für die übrigen Schulen trifft die Niedersächsische Landesschulbehörde aufgrund eines Vorschlags der Schule die Auswahlentscheidung.

Bei den **Bezirksstellen mit Mangelfächern** (gemäß Nr. 3.2) führt die Niedersächsische Landesschulbehörde das Auswahlverfahren durch und trifft die Auswahlentscheidung.

Das **Auswahlverfahren für Schulstellen und Bezirksstellen mit Mangelfächern** beginnt am Montag, den 16.5.2011. Die Stellenangebote für die 1. **Auswahlrunde** erfolgen spätestens bis Donnerstag, den 26.5.2011. Die schriftliche Annahme des Stellenangebots durch die Bewerberin bzw. den Bewerber ist bis Freitag, den 27.5.2011 möglich. Bei einem Stellenangebot nach dem 27.5.2011 hat die ausgewählte Lehrkraft innerhalb eines Tages (24 Stunden) eine schriftliche Rückäußerung an die Schule zu geben.

Bei **Bezirksstellen an Schulen mit weniger als 20 VZLE** führt die Niedersächsische Landesschulbehörde das Auswahlverfahren durch und trifft die Auswahlentscheidung. Das Auswahlverfahren kann an die Schule abgegeben werden. Die Schulen geben dann einen Auswahlvorschlag ab.

Das Auswahlverfahren für **Bezirksstellen ohne Mangelfächer** startet am Freitag, dem 27.5.2011. Bei Stellenangeboten bis Montag, den 6.6.2011 ist die schriftliche Annahme des Stellenangebots bis Dienstag, 7.6.2011 möglich. Bei einem Stellenangebot nach dem 7.6.2011 hat die ausgewählte Lehrkraft innerhalb eines Tages (24 Stunden) eine schriftliche Rückäußerung an die Niedersächsische Landesschulbehörde zu geben.

Erfolgt auf ein Stellenangebot keine Rückäußerung oder eine Ablehnung, wird die Bewerbung der Lehrkraft bei dieser Stelle nicht mehr berücksichtigt. Lehrkräfte, die eine Stelle schriftlich angenommen haben, können kein weiteres Stellenangebot mehr erhalten.

4.7 Für die **Teilnahme am Auswahlverfahren** sind **unterschiedliche Bewerbungsfristen** zu beachten.

Für die Einbeziehung in die 1. Auswahlrunde für **Schulstellen und Bezirksstellen mit Mangelfächern** ist die **Bewerbung** mit mindestens einer regionalen Angabe im Zeitraum von **Montag, den 4.4.2011 bis Freitag, den 15.4.2011 unverzichtbar**.

Für **Schulstellen** ist **zusätzlich die Ergänzung der Bewerbung um die bestimmten Stellen** im Zeitraum von **Freitag, den 6.5.2011 bis Freitag, den 13.5.2011 erforderlich**. Bei Schulstellen werden in der 1. Auswahlrunde nur die Bewerbungen berücksichtigt, die explizit für die bestimmte Stelle abgegeben wurden. Bei Bezirksstellen erfolgt zusätzlich eine Zuordnung der Bewerbungen entsprechend der regionalen Angaben.

Bewerbungen, die ab dem 16.4.2011 abgegeben werden, sowie Bewerbungen um bestimmte Schulstellen, die **erst nach dem 13.5.2011 ergänzt** werden, werden bei allen Stellen einbezogen, für die bis zum 27.5.2011 noch kein Auswahlvorschlag erarbeitet worden ist.

4.8 Die Auswahl erfolgt **gemäß § 9 Beamtenstatusgesetz nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung**. Neben dem Nachweis der Lehrbefähigungen sind auch berufliche Erfahrungen und andere fachliche Qualifikationen der Bewerberinnen und Bewerber sowie die Bedingungen an der Schule, an der die Stelle zu besetzen ist, zu berücksichtigen. Hierzu gehören auch evtl. zusätzliche Anforderungen der Stelle (vgl. Nr. 3.5).

Lehrkräfte, die ihre Ausbildung bis zum 31.7.2011 beenden, sind bis zum Vorliegen der Note der Staatsprüfung auf der Grundlage der Note des Masterabschlusses bzw. der 1. Staatsprüfung in das Auswahlverfahren mit einzubeziehen. Weiterhin sind auch Ausbildungsnachweise als zusätzliches Kriterium für die Auswahlentscheidung mit heranzuziehen.

Zwecks Sicherstellung der Unterrichtsversorgung sind grundsätzlich Lehrkräfte, die über eine abgeschlossene Lehramtsausbildung verfügen oder diese bis zum 31.7.2011 beenden, vorrangig zu berücksichtigen.

Die Rechtmäßigkeit der Auswahlentscheidung ist anhand der Stellen-Bewerber-Liste der zentralen Bewerberdatei (EIS) zu prüfen. Es können nur Lehrkräfte ein Stellenangebot erhalten, die auf der **Stellen-Bewerber-Liste** aufgeführt sind und die Anforderungen der Stelle erfüllen. Eine abschließende Prüfung

der Rechtmäßigkeit der Auswahlentscheidung erfolgt durch die Niedersächsische Landesschulbehörde.

Beamtete und unbefristet beschäftigte Lehrkräfte im Schuldienst anderer Länder dürfen nur in das Auswahlverfahren einbezogen werden, wenn zum Beginn des jeweiligen Auswahlverfahrens die Freigabe ihrer Schulbehörde vorliegt, d. h. für die 1. Auswahlrunde bis Montag, den 18.4.2011. Bei tarifbeschäftigten Lehrkräften aus anderen Bundesländern erfolgt in Niedersachsen eine Neueinstellung. Bei beamteten Lehrkräften erfolgt keine Neueinstellung, sondern die Übernahme in den Schuldienst des Landes Niedersachsen durch Versetzung **und Ernennung** gem. § 8 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz – BeamStG). Realschullehrkräfte aus anderen Ländern können nur dann der Besoldungsgruppe A 13 zugeordnet werden, wenn ihre Ernennung zur Realschullehrerin/zum Realschullehrer und die Zuordnung zur Besoldungsgruppe A 13 im abgebenden Land vor dem 6.11.2009 erfolgt ist.

Der **Kontinuität des Unterrichts** für die Schülerinnen und Schüler kommt eine besondere Bedeutung zu. Es sind Lehrkräfte auszuwählen, die bereit sind, für mehrere Jahre an dem vorgesehenen Dienort zu unterrichten.

Unterrichtskontinuität ist auch für Auslandsschulen und für **Schulen in freier Trägerschaft** wichtig. Werden Lehrkräfte dieser Schulen für die Einstellung in den niedersächsischen Schuldienst ausgewählt, klärt die Niedersächsische Landesschulbehörde, ob die bisherigen Schulen die Lehrkräfte zu dem gewünschten Termin abgeben können. Erforderlichenfalls kann ein späterer Termin für die Einstellung in den niedersächsischen Schuldienst vereinbart werden.

4.9 Können für Stellen bis zum 26.5.2011 keine qualifizierten Lehrkräfte mit Lehramtsausbildung gefunden werden, die über die ausgeschriebenen Fächer verfügen und den Vorbereitungsdienst bis spätestens 31.10.2011 beenden, entscheidet bei Schulstellen die Schule, bei Bezirksstellen die Niedersächsische Landesschulbehörde, ob das Auswahlverfahren unter Einbeziehung der Bewerberinnen und Bewerber ohne eine für die Unterrichtstätigkeit an allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen vorgesehene abgeschlossene Lehramtsausbildung fortgesetzt wird oder ob unter Beachtung des Bedarfs der Schule neue Fächer für die Bewerberauswahl durch die Niedersächsische Landesschulbehörde festgesetzt werden (**Umwidmung**). Bei Stellen an Förderschulen kann bei der Umwidmung die sonderpädagogische Fachrichtung entfallen.

Sofern qualifizierte Lehrkräfte mit Lehramtsausbildung, die über die Anforderungen der Stelle verfügen und den Vorbereitungsdienst bis spätestens 31.10.2011 beenden, vorhanden sind, ist die Aufhebung der Ausschreibung nur zulässig, wenn nach dem Zeitpunkt der Ausschreibung ein sachlicher Grund (z. B. Verringerung der Anzahl der Klassen) neu hinzugetreten ist.

4.10 Bei den Schulstellen an Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen mit mindestens 20 VZLE, oder an Schulen, die sich zu Schulverbänden mit mindestens 20 VZLE zusammenschließen haben, sowie an allen Gymnasien und Gesamtschulen erfolgen die weitere Durchführung des Auswahlverfahrens, die Auswahlentscheidung sowie das Stellenangebot an die ausgewählte Lehrkraft durch die Schulleiterin bzw. den Schulleiter. An den übrigen Schulen sowie bei der Auswahl von Lehrkräften, für deren Einstellung gemäß Nr. 3.2 die dienst-

rechtlichen Befugnisse an die Niedersächsische Landesschulbehörde übertragen sind, erfolgt das weitere Verfahren wie bei Bezirksstellen.

4.11 **Nachträgliche Stellen** können ab Mittwoch, den 8.6.2011 bekannt gegeben werden. An Grund-, Haupt- und Real- sowie Förderschulen mit weniger als 20 VZLE sind sie als Bezirksstellen, an den übrigen Schulen grundsätzlich als Schulstellen bekannt zu geben. Die Regelungen gemäß Nr. 3.2 zur Ausschreibung von Bezirksstellen mit Mangelfächern bleiben bestehen. Bei allen nachträglichen Stellen erfolgt die Zuordnung der Bewerberinnen und Bewerber wie bei Bezirksstellen entsprechend der regionalen Angaben in der Bewerbung.

4.12 Das Bewerbungs- und Auswahlverfahren für die Einstellung einer **Vertretungslehrkraft** erfolgt grundsätzlich nach den gleichen Regeln wie für eine dauerhafte Einstellung in den Schuldienst. Das gilt sowohl für die Einbeziehung der auf der Stellen-Bewerber-Liste enthaltenen Bewerberinnen und Bewerber in das Auswahlverfahren als auch für eine sachgerechte Auswahl.

Schulformübergreifende Beratung für Schulen in Niedersachsen

RdErl. d. MK v. 4.4.2011 – 11-81421 - VORIS 22410 –

1. Aufgaben

Den Eigenverantwortlichen Schulen in Niedersachsen werden Beratungs- und Unterstützungsangebote zu schulformübergreifenden Themen zur Verfügung gestellt. Schulleitungen, Gremien und Lehrkräfte sollen zur Qualitätsentwicklung der Schulen angeregt werden und bei Qualitätsentwicklungsvorhaben und Qualitätssicherung Unterstützung erhalten können.

Das Niedersächsische Kultusministerium legt die Arbeitsbereiche der Beratung und Unterstützung, ihre inhaltliche Ausgestaltung und den Umfang der Anrechnungsstunden für die einzelnen Arbeitsbereiche fest.

2. Beraterinnen und Berater

Beraterinnen und Berater für schulformübergreifende Aufgaben sind Lehrkräfte an einer Schule und sie nehmen in einer Schule Unterrichtsverpflichtungen wahr. Sie werden von der Niedersächsischen Landesschulbehörde beauftragt und ihnen werden durch diese Anrechnungsstunden gewährt. Die Beauftragung erfolgt mit zeitlicher Beschränkung. Sie soll zwei Jahre nicht überschreiten. Wiederholte Beauftragungen sind möglich.

Hinsichtlich ihrer Beratertätigkeit unterstehen Beraterinnen und Berater der Niedersächsischen Landesschulbehörde. Sie berichten entsprechend deren Vorgaben über Inhalt und Umfang ihrer Beratertätigkeit.

Die Steuerung der inhaltlichen Arbeit der Beraterinnen und Berater erfolgt durch für den Arbeitsbereich zuständige Dezentralen und Dezentralen der Niedersächsischen Landesschulbehörde oder die von der Niedersächsischen Landesschulbehörde hierfür als zuständig bestimmten Beraterinnen oder Berater.

Die Schulen regeln den unterrichtlichen Einsatz der Beratungskräfte in einer Form, die es ihnen ermöglicht, ihre Beratungsaufgaben ohne Beeinträchtigung ihrer eigenen Unterrichtsverpflichtung wahrzunehmen.

3. In-Kraft-Treten

Dieser RdErl. tritt am 1.5.2011 in Kraft.

Lehrkräfte als medienpädagogische Beraterinnen und Berater für Lernen mit digitalen Medien

RdErl. des MK v. 13.4.2011 – 24.4 - 82213 - VORIS 22410 -

Das Land Niedersachsen stellt den Kindertagesstätten, Schulen, Studienseminaren und Schulträgern Lehrkräfte als medienpädagogische Beraterinnen und Berater für Lernen mit digitalen Medien zur Verfügung.

1. Aufgaben der Lehrkräfte als medienpädagogische Beraterinnen und Berater für Lernen mit digitalen Medien

Die medienpädagogischen Beraterinnen und Berater für Lernen mit digitalen Medien beraten und unterstützen die Kindertageseinrichtungen, Schulen, Studienseminare und Schulträger mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten:

- 1.1. Unterstützung der Kindertagesstätten und Schulen beim methodisch-didaktischen Einsatz der digitalen Medien und insbesondere bei der Medienkonzeptentwicklung
- 1.2. Mitwirkung beim Ausbau des niedersächsischen Bildungsnetzes einschließlich der Unterstützung beim Einsatz von E-Learning in Schule und Fortbildung
- 1.3. Unterstützung des Mobilen Lernens einschließlich Beratung der Referenzschulen des Projekts Mobiles Lernen-21 und Einbindung in die regionalen Netzwerkstrukturen der Medienberatung

2. Wahrnehmung der Aufgaben

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben besteht für die medienpädagogischen Beraterinnen und Berater für das Lernen mit digitalen Medien die Verpflichtung zur

- 2.1. Zusammenarbeit und Absprache mit den medienpädagogischen Beraterinnen und Beratern in den kommunalen Medienzentren,
- 2.2. Beteiligung an medienpädagogischen Vorhaben des Landes,
- 2.3. regelmäßigen Fortbildung,
- 2.4. Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Einrichtungen (z. B. Bibliotheken, Volkshochschulen).

3. Auswahl der Lehrkräfte

Das NLQ wählt die Lehrkräfte im Benehmen mit der Niedersächsischen Landesschulbehörde aus.

4. Anrechnungsstunden für Lehrkräfte als medienpädagogische Beraterinnen und Berater für Lernen mit digitalen Medien

Den Lehrkräften als medienpädagogische Beraterinnen und Berater für Lernen mit digitalen Medien werden gemäß § 16 der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen (ArbZVO-Lehr) bis zu acht Anrechnungsstunden gewährt.

Darüber hinaus kann das NLQ im Rahmen des Kontingents von insgesamt 50 Stunden aus dem RdErl. d. MK v.

19.6.2006 - 36 - 82 213 - VORIS 22410 – (Lehrkräfte als medienpädagogische Beraterinnen und Berater in den kommunalen Medienzentren (Kreis- und Stadtbildstellen) in Niedersachsen) zusätzliche Anrechnungsstunden für die Durchführung von besonderen medienpädagogischen Projekten und die Wahrnehmung von Koordinierungsaufgaben gewähren. Anträge auf Gewährung von Anrechnungen aus diesem Kontingent sind an das NLQ zu richten. Das NLQ entscheidet fachlich über diese Anträge und veranlasst die Vergabe der Anrechnungsstunden über die N. LSchB.

Auf §§ 18 und 20 ArbZVO-Lehr wird hingewiesen.

5. In-Kraft-Treten

Dieser Erlass tritt am 1.5.2011 in Kraft.

Vergleichsarbeiten in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik für den Schuljahrgang 8 im Frühjahr 2012

RdErl. d. MK v. 7.4.2011 - 21-82150/16

Es ist vorgesehen, im Frühjahr 2012 im Schuljahrgang 8 Vergleichsarbeiten in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik zu schreiben. Die dazu erforderlichen Aufgaben werden vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) entwickelt, pilotiert und normiert. Den Aufgaben liegen die geltenden Bildungsstandards für den Hauptschulabschluss nach Klasse 9 bzw. für den Mittleren Schulabschluss nach Klasse 10 zugrunde. Weitere Informationen zu den Vergleichsarbeiten (VERA) sind zu finden unter <http://www.iqb.hu-berlin.de/vera>

Als Termine für die Durchführung von VERA-8 im Schuljahr 2012 werden festgelegt:

Deutsch 24.2.2012

Englisch 28.2.2012

Mathematik 1.3.2012

Diese Termine sind bei den Planungen des Schuljahres 2011/2012 zu berücksichtigen.

Die Teilnahme an den Vergleichsarbeiten im Fach Mathematik ist verbindlich. Über die Teilnahme an den Vergleichsarbeiten in den Fächern Deutsch und Englisch entscheiden die Schulen. Da die Vergleichsarbeiten eine Aussage zum Kompetenzstand der Schülerinnen und Schüler in Hinblick auf die Bildungsstandards treffen, wird die Teilnahme auch in den Fächern Deutsch und Englisch empfohlen.

Weitere Hinweise zum Verfahrensablauf und ggf. zu den Inhalten werden nach Vorliegen der Informationen gegeben.

Berichtigung

Der RdErl. d. MK v. 23.2.2011 „Entgeltliche Ausleihe von Lernmitteln“ (SVBl. 4/2011, S. 108) wird wie folgt berichtigt:

1. Die Bezugszeile wird ersetzt durch „Bezug: RdErl. d. MK v. 11.3.2005 (SVBl. S. 194) - VORIS 22410 -, zuletzt geändert durch RdErl. d. MK v. 1.9.2009 (SVBl. S. 377) VORIS 22410

2. Der letzte Satz wird gestrichen.

Bekanntmachungen des Niedersächsischen Landesinstituts für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ)

Neue Kurse im Programm des NLQ

Weiterbildung im Fach „Katholische Religion“ – Zertifikatmaßnahme

Ziele

Die im September 2011 beginnende und im Januar 2013 endende Weiterbildungsmaßnahme soll interessierte Kolleginnen und Kollegen in die Lage versetzen, das Fach katholische Religion in der Grundschule und im Sekundarbereich I (mit Ausnahme des Gymnasiums) qualifiziert zu unterrichten. Dazu werden Grundkenntnisse und Fähigkeiten in Theologie und Didaktik des katholischen Religionsunterrichts und in ökumenischer Zusammenarbeit vermittelt.

Inhalte

Ausgehend von der Frage nach der Bedeutung des Religionsunterrichts in der Schule werden grundlegende Themen wie die Frage nach Gott und Jesus Christus, die Bibel als Ur-Kunde des Glaubens bearbeitet und die Kirche als Heilsangebot reflektiert. Die fachwissenschaftlichen Themen werden in Verbindung mit didaktischen Perspektiven erarbeitet.

Das Land Niedersachsen vergibt nach Abschluss der Maßnahme ein Zertifikat, in dem die erfolgreiche Teilnahme bescheinigt wird. Von kirchlicher Seite wird im Anschluss daran auf Antrag zunächst die kirchliche Unterrichtserlaubnis erteilt und später die Missio canonica durch den Diözesanbischof verliehen.

Teilnehmerkreis

Katholische Lehrerinnen und Lehrer im Primar- und Sekundarbereich I (Ausnahme Gymnasium), die das Fach Kath. Religion unterrichten wollen, ohne es studiert zu haben.

Veranstaltungskosten

Finanzierung durch NLQ und Bischöfliches Generalvikariat Hildesheim. Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Hinweise

Nähere Informationen werden im Rahmen einer Informationsveranstaltung am Freitag, 17.6.2011, um 15.30 Uhr im Bischöflichen Generalvikariat, Sitzungsraum der Hauptabteilung Bildung, Domhof 24, Hildesheim, erteilt.

Anmeldung

Veranstaltungsnummer: 11.37.61

Veranstaltungstermin: 15.9.2011

Veranstaltungsort: Hildesheim, Priesterseminar

Online-Anmeldung über: <http://vedab.nibis.de>

Gleichzeitig Meldung unter Ursula.Brunke@bistum-hildesheim.de

Anmeldeschluss: 11.8.2011

Ansprechpartnerin im NLQ: birgit.hantelmann@nlq.niedersachsen.de

Telefon: 05121 1695-260

Weiterbildungsmaßnahme „Darstellendes Spiel für die Sekundarbereiche I und II“

Bezug: SVBl 10 / 2001

In der Weiterbildungsmaßnahme erwerben die teilnehmenden Lehrkräfte eine allgemeine und eine stufenbezogene Grundqualifikation, die die Voraussetzungen für die Arbeit mit den Inhalten und den Methoden des Darstellenden Spiels schafft: in Arbeitsgemeinschaften, in Projekten, in anderen Unterrichtsfächern (z. B. Musik, Kunst, Deutsch, Fremdsprachen, Sport) und vor allem für die Arbeit in der Sekundarstufe II als drittem musisch-künstlerischen Fach und in der Sekundarstufe I im Rahmen des Wahlpflichtangebots.

Die Maßnahme, bei der es sich um eine Weiterbildung in regionalisierter Form mit Zertifikat handelt, ist so konzipiert, dass durch eine erfolgreiche Teilnahme die Qualifikation für den Unterricht im Fach „Darstellendes Spiel“ in den Sekundarbereichen I und II bescheinigt wird.

Im Rahmen der o. a. Maßnahme werden folgende Kurse angeboten.

Fortbildungsregion 5 – Diepholz, Nienburg

Anbieter: Theaterprojekt Hamburg

Information: Udo und Andrea Jolly, Tel.: 040 45039389, E-Mail: udojolly@gmx.de.

Alle Informationen finden Sie auch auf der Website www.theaterprojekt-hamburg.de.

Die Weiterbildung beginnt im September 2011 und endet vor den Sommerferien 2013.

Fortbildungsregion 10 – Harburg, Lüneburg, Lüchow-D., Uelzen

Anbieter: Theaterprojekt Hamburg

Information: Udo und Andrea Jolly, Tel.: 040 45039389, E-Mail: udojolly@gmx.de.

Alle Informationen finden Sie auch auf der Website www.theaterprojekt-hamburg.de.

Die Weiterbildung beginnt im September 2011 und endet vor den Sommerferien 2013.

Fortbildungsregion 17 – OFZ Oldenburg

Anbieter: Oldenburger Fortbildungszentrum (OFZ)

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Postfach 2503, 26111 Oldenburg

Tel.: 0441 798-3036, -30 39, Fax: 0441 798-49 00, E-Mail: ofz@uni-oldenburg.de

Direkte Informationen unter maike.kluever@gmx.de und twingo.ingo@t-online.de

Die Weiterbildung beginnt im November 2011 und endet im Frühjahr 2013.

Information: Eine ausführliche Darstellung der Angebote kann unter www.nibis.de abgerufen werden (Pfad: Themen / Allgemeinbildung / Fächer / Darstellendes Spiel / Angebote Weiterbildungsmaßnahme).

Ansprechpartner im NLQ: Thomas Sander, thomas.sander@nlq.niedersachsen.de, Tel.: 05121 1695-277